



---

**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus**

Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Fon: 0231 - 5022078

Fax: 0231 - 5022094

[www.gruene-do.de](http://www.gruene-do.de)

An die  
Medien  
Dortmund

25.06.09

## PRESSEMITTEILUNG

### **Nazi-Aufmarsch am 5. September: Debatte im Landtag liefert neue Argumente für ein Verbot**

Nach der Debatte im Innenausschuss des Landtags über die Angriffe von Rechtsradikalen auf die Mai-Kundgebung des DGB fordern die GRÜNEN im Rat erneut ein Verbot des geplanten Nazi-Aufmarsches am 5. September.

#### **Ingrid Reuter, Fraktionssprecherin der GRÜNEN:**

„Auch der Innenminister hat nach eigener Aussage im Innenausschuss inzwischen erkannt, dass der Nazi-Angriff am 1. Mai nicht spontan, sondern koordiniert und geplant war. Und das anscheinend maßgeblich von denselben führenden Neo-Nazis aus Dortmund, die auch den rechten Aufmarsch am 5. September angemeldet haben. Unabhängig von polizeilichen Versäumnissen im Vorfeld muss man festhalten: Wer einen gewalttätigen Überfall auf eine DGB-Kundgebung gezielt plant und koordiniert, kann nicht gleichzeitig als Anmelder und Versammlungsleiter eines Nazi-Aufmarsches gewährleisten, dass dieser Aufmarsch dann ohne Gewalt stattfinden wird. Alleine das müsste dem Polizeipräsidenten ausreichen, um den Aufmarsch am 5. September zu verbieten.“

Aus Sicht der GRÜNEN ist es nicht hinnehmbar, dass dieselben Personen dann auch noch Fördergelder der ARGE zur Gründung eines Internethandels mit rechtem Propagandamaterial und Waffen erhalten.

**Ingrid Reuter:** „Was ist das für eine irrsinnige Vorstellung: Der Versammlungsleiter eines Nazi-Aufmarsches ist Ansprechpartner der Polizei für die ordnungsgemäße und friedliche Durchführung, während gleichzeitig seine Nazi-Kameraden mit Waffen aus seinem öffentlich geförderten Internethandel ausgestattet worden sind. Es ist gut, dass die ARGE die für den rechten Internethandel gewährten Mittel nun zurückfordern wird. Besser wäre es gewesen, die Gelder wären gar nicht erst geflossen. Dass dies doch passiert ist, zeigt die Notwendigkeit, die Aufklärung über rechte Strukturen in unserer Stadt weiter zu verstärken.“